

SVP *ja*

SVP
UDC

Die Zeitung des Mittelstandes

Bürgerliche Erneuerung!

Die letzten Abstimmungen haben es gezeigt: In vielen Fragen (Asyl, Gold, UNO) steht rund die Hälfte der Schweizer Bevölkerung hinter der SVP. Höchste Zeit für einen zweiten SVP-Bundesrat!



Bundesratswahl

Seiten 2-3

Warum Nationalrat Toni Bortoluzzi trotz kleiner Chancen antritt

Asylnitiative

Seite 7

Trotz Ablehnung der Asylnitiative konnte die SVP Einiges bewegen

Swiss - vom Regen in die Traufe

Seiten 8-9

Trotz Flottenstraffung und Personalabbau tauchen die Swiss-Aktien immer tiefer

Warum die SVP bei den Bundesratswahlen antreten muss

Mit 22,5% Wähleranteil ist die SVP die wählerstärkste Partei der Schweiz. Sie stellt einen Vertreter im Bundesrat. Die CVP ist mit 15,9% die schwächste Bundesratspartei, verfügt aber nach wie vor über zwei Sitze im Bundesrat.

Die sog. „Zauberformel“ basiert auf der proportionalen Vertretung der vier grössten Parteien in der Regierung. Seit die Zauberformel im Jahre 1959 ins Leben gerufen wurde, haben sich die Stimmenverhältnisse jedoch entscheidend verändert: Die SVP konnte ihren Wähleranteil im Verlaufe der Jahre nahezu verdoppeln (+10,9%), während alle anderen Parteien an Stimmen einbüssten. Den massivsten Einbruch verzeichnete die CVP (-7,4%), welche mittlerweile die klar schwächste Regierungspartei ist. Trotzdem stellt die CVP nach wie vor zwei Bundesräte.

Nimmt man die „Zauberformel“ als Grundlage für die Konkordanz zum Massstab, so müsste die CVP als schwächste Regierungspartei der SVP einen Sitz abgeben. Dies jedoch will weder die CVP noch die FDP oder SP. Bereits bei den Gesamterneuerungswahlen des Bundesrates im Winter 1999 haben die anderen Parteien dies so kundgetan. Mit dem Festhalten am bisherigen Verteilungsschlüssel hat die Vereinigte Bundesversammlung die Regeln der Konkordanz ausser Kraft gesetzt. Damit sind die Bundesratswahlen zu politischen Wahlen geworden: Es zählt nicht mehr die Wählerstärke einer Partei, sondern deren politische Ausrichtung.

Immer mehr stellt sich für den Bürger die Frage: Wähle ich die SVP oder wähle ich die

anderen? Bei immer mehr Volksabstimmungen steht die SVP alleine allen anderen Parteien gegenüber - das letzte Mal bei der Abstimmung über die Asylinitiative.

Nur mit SVP ist Wandel möglich

Einzig die SVP bietet eine Alternative zur Koalition aus Linken und Freisinnigen. Bei der UNO-Abstimmung, beim Entscheid über Auslandeinsätze von Schweizer Soldaten, bei der Goldinitiative und der Asylinitiative hat jeweils fast

Wähleranteil	SVP	SP	FDP	CVP
1959	11,6%	26,4%	23,7%	23,3%
1999	22,5%	22,5%	19,9%	15,9%
Veränderung	+10,9%	-3,9%	-3,8%	-7,4%
Sitze im Bundesrat	1	2	2	2

die Hälfte der Stimmberechtigten mit der SVP gestimmt. Diese Teile der Bevölkerung - mittlerweile 50% der Stimmbürger - müssen auch angemessen im Bundesrat vertreten sein. Die Koalition aus SP, FDP und CVP hat völlig versagt: Wir haben unsere Schulden in den vergangenen 10 Jahren mehr als verdoppelt. Die Fiskalquote ist stärker angestiegen als in allen anderen vergleichbaren Ländern: Wir sind Weltmeister im Zahlen von Steuern, Abgaben und Gebühren. Die Krankenkassenprämien explodieren förmlich. Diese schlechten Rahmenbedingungen schaden der

Wirtschaft massiv. Auch für das Chaos in der Asyl- und Ausländerpolitik, für die verantwortungslosen Ausgaben für Swiss und Expo wie auch die aussenpolitische Orientierungslosigkeit (Luftverkehrsabkommen etc.) zeichnet die Lotterkoalition aus SP, FDP und CVP verantwortlich.

Wollen CVP und FDP eine linke Politik?

Mit der bisherigen Mitte-Links-Politik kommen wir nicht weiter. Die SVP will eine bürgerliche, freiheitliche und wirtschaftsfreundliche Politik. Deshalb müssen sich CVP und FDP endlich entscheiden, ob sie lieber eine Mitte-Rechts-Regierung oder eine Mitte-Links-Regierung wollen. Wenn die SVP bei den Bun-

desratswahlen antritt, haben CVP und FDP die Möglichkeit, diesen Entscheid zu treffen. Es ist wichtig, dass diese Entscheidung noch vor den Wahlen im Herbst 2003 getroffen wird: Der Wähler soll wissen, ob CVP und FDP die SVP vermehrt in die Regierungsverantwortung mit einbeziehen und mit ihr zusammenarbeiten wollen oder ob sie sich weiterhin als Steigbügelhalter für die SP sehen. Wenn die CVP und die FDP am 4. Dezember eine Kandidatin der Sozialdemokraten wählen, dann ist dies eine Stimme gegen die Landesverteidigung, gegen das Bankkündenge-

heimnis und für einen schnellen EU-Beitritt. Wollen CVP und FDP eine andere Politik, dann steht mit dem Kandidaten der SVP eine Alternative zur Verfügung.

SVP als bürgerliche Alternative

Mit Nationalrat Toni Bortoluzzi hat die SVP einen angesehenen Parlamentarier und erfahrenen Politiker nominiert. Als Schreinermeister und Inhaber eines Gewerbebetriebes ist Bortoluzzi mit der Führung von Mitarbeitern vertraut. Er weiss als Unternehmer, dass man nicht mehr ausgeben darf als man einnimmt. Als Präsident der Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) des Nationalrates weiss er um die gravierenden Missstände im Gesundheits- und Sozialwesen. Als ehemaliger Gemeindepräsident und Fraktionspräsident im Zürcher Kantonsrat verfügt er über politische Erfahrung auf allen Stufen unseres Gemeinwesens. Toni Bortoluzzi ist ein Mann der klaren Worte; er bürgt für eine geradlinige bürgerliche Politik. Wenn die SVP künftig mehr Einfluss geltend machen will und auch in der Regierung mehr Verantwortung übernehmen will, muss sie bei den Bundesratswahlen antreten. Diesen Entscheid hat der Leitende Ausschuss an seiner Sitzung im August 2002 gefällt. Die Fraktion hat am 16. November Nationalrat Toni Bortoluzzi einstimmig nominiert. Damit zeigt die SVP einmal mehr, dass sie ihren Wählerauftrag ernst nimmt und geradlinig für eine bürgerliche Politik einstehen will. ◀

Gregor A. Rutz,
Generalsekretär SVP Schweiz

Der Auftrag der SVP im Bundesrat

Ich wurde in den vergangenen Tagen und Wochen oftmals gefragt: „Warum tun Sie sich das an? Die SVP hat doch kaum eine Chance auf einen zusätzlichen Sitz im Bundesrat - die anderen Parteien blocken dies doch einfach ab.“

Es ist tatsächlich nicht einfach, der Bundesversammlung ein Jahr vor einer zu Ende gehenden Legislaturperiode klar zu machen, dass die Vakanz im Bundesrat dazu benutzt werden muss, den eingeschlagenen politischen Weg zu ändern. (...)

sierung im Staat müssen wir begegnen. Immer mehr steht der persönliche Vorteil im Vordergrund und nicht das Wohl der Eidgenossenschaft. Auch wenn sich die Mehrheit des politischen Bern über das Verhalten von Managern empört - so fremd ist ihnen das

Gesundheitswesen, mit dem ich als Präsident der SGK des Nationalrates besonders vertraut bin. Die Soziallast für die Bevölkerung lag 1990 noch bei gut 21% des BIP, heute, 12 Jahre später, sind wir bei 28% angelangt. Gut 30% reale Mehrbelastung, die nur zu einem kleinen Teil aufgrund sozialer Not entstanden ist. Der grössere Teil ist sozialistische Prestige-Umverteilung. Dieser Weiterausbau findet zur Zeit eine praktisch ungebremste Fortsetzung. In der kommenden Session wird der Ständerat dem Sozialbereich bei der 11. AHV-Revision Ausbaukosten von 400 Mio. und bei der 1. BVG-Revision je nach Entscheid 200 Mio. oder 300 bis 800 Mio. Franken an Mehrkosten bringen. Im Nationalrat stehen die IV-Revision, welche 200 Mio. Franken und das KVG, welches 150 - 300 Mio. Franken an Mehrkosten zur Folge haben werden, sowie die Gleichstellung der Behinderten mit Kostenfolgen für Private und die öffentliche Hand in Milliardenhöhe auf dem Programm. Die Mutterschaftsversicherung mit einer halben Mia. an jährlichen Kosten soll neu lanciert werden.

Über die Prämienentwicklung im Gesundheitswesen haben wir uns im Rahmen von Delegiertenversammlungen eingehend unterhalten. „Wettbewerb oder Staatsmedizin?“, ist die Frage, die beantwortet werden muss. Bei der Vielfalt der hängigen sozial- und gesundheitspolitischen Probleme geht fast vergessen, dass in der Schweiz eine völlig weltfremde Drogenpolitik betrieben wird. Es ist gesundheitspolitisch bedenklich, weil sich der Betäubungsmittelkonsum fast explosionsartig ausgebreitet hat.

Der Karren steckt tief im Dreck.

Wer eine geradlinige Politik will, wählt SVP

Weil die favorisierten sozialdemokratischen Kandidaturen sich kaum eignen, diese beängstigende Entwicklung in geänderte Bahnen zu lenken, braucht es andere Kandidaten mit einer anderen Politik. Wir haben den Auftrag, unsere Wähler und den unsere Anliegen unterstützenden Teil der Bevölkerung zu vertreten. Darum erheben wir Anspruch auf den frei werdenden Sitz im Bundesrat, um insbesondere die unseren Wohlstand gefährdenden Entwicklungen zu stoppen, die schweizerische Eigenheit und Identität zu stärken und die Selbstverantwortung wieder vermehrt in den Mittelpunkt zu rücken.

Die Schweiz braucht mehr SVP!

Auch wenn es eine schwierige Aufgabe ist: Ich freue mich und bin stolz darauf, diese Herausforderung anzunehmen. Die Schweiz muss wieder bürgerlicher werden. Die grossen Herausforderungen der Zukunft können wir weder mit laschen Sozialdemokraten noch mit undurchsichtigen Freisinnigen meistern. Die Schweiz braucht mehr SVP! Deshalb trete ich am 4. Dezember zu dieser Bundesratswahl an. ◀

Auszug aus dem Referat von Nationalrat Toni Bortoluzzi, gehalten an der DV vom 16. November 2002 in Lupfig (AG)



► Bundesratskandidat und Nationalrat Toni Bortoluzzi

Wenn ich als Unternehmer mit einem Kleinbetrieb, als Handwerker zu dieser Wahl antrete, geht es für mich ebenso sehr darum, der unter Druck stehenden mittelständischen Bevölkerung, welche in unsere Partei grosse Erwartungen setzt, Hoffnung zu geben. Wie die meisten dieser Bürgerinnen und Bürger stehe auch ich zu unserem Land, seinen Einrichtungen und Institutionen.

Mehr Bescheidenheit

Der zunehmenden abgehobenen Selbstherrlichkeit und dem wachsenden Hang zur unbezahlbaren Professionalisierung

Verhalten, sich vor allem am eigenen Wohlergehen zu orientieren, nicht. Wie sonst wäre es zu erklären, dass sich das Parlament in wenigen Jahren den eigenen Zahltag um 40% erhöht hat? Das ist letztlich dasselbe. Es ist nötig, Zurückhaltung zu fordern und zur Bescheidenheit anzuhalten. Nur mit dieser Mentalität ist es möglich, den drohenden Absturz des Bundeshaushaltes zu vermeiden.

Gesundheitswesen läuft aus dem Ruder

Grosse Sorgen bereitet mir die Entwicklung im Sozial- und

Geheimnisse des Staates

Es gibt keinen zweiten Platz auf dem Globus, wo Mensch und Staat sich so nahe stehen wie in unserer Eidgenossenschaft. Wir sind stolz darauf und wollen, dass es so bleibe: Alle haben Anspruch auf den Schutz der Gesetze und niemand auf *mehr* als den Schutz der Gesetze. Bürgerinnen und Bürger setzen jenes Recht, das für alle Bewohner des Landes gleichermaßen gilt.

Nähe und Identität sind allerdings zweierlei Dinge. So wie Bürgerinnen und Bürger Anspruch auf ihre Privatsphäre (vom Arzt- über das Anwalts- bis zum Bankgeheimnis) haben, so kennt auch das öffentliche Wesen Bereiche, in denen für einmal *nicht* Transparenz das Leitwort ist, sondern Diskretion. Die Namen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Nachrichtendienste zum Beispiel gehören so

wenig an die Öffentlichkeit wie die persönlichen Angelegenheiten jener Menschen, die unverschuldet in Not geraten sind und denen aus dieser Not mit öffentlichen Mitteln geholfen wird. Der Soldat weiss, dass ein Operationsplan geheimgehalten werden *muss*, und dass dasselbe für die strategischen Vorräte des Landes und die geschützten Kommandoanlagen gilt.

Wie aber kann verhindert werden, dass *notwendige* Diskretion zu sachfremden, zum Beispiel persönlichen, Zwecken missbraucht wird? Die wichtigste Antwort auf diese Frage ist wohl: Durch die Wahl der richtigen, das nötige Vertrauen verdienenden, Personen. In erster Linie wird diese Aufgabe durch das Volk, direkt und *via* seine Vertreter indirekt, wahrgenommen. Griffige parlamentarische und administra-

tive Kontrollmechanismen tragen das Ihrige dazu bei, wachsame und freie Medien stellen sicher, dass nicht im Versteckten geschieht, was nun einmal nicht zu geschehen hat. Schliesslich kommt später, als letzte Rechenschaft, die durch die Pflicht zur Aktenablieferung an die Archive sichergestellte Rechenschaft vor der Nachwelt dazu.

Die Privatperson darf und soll damit rechnen, dass ihre intimsten, persönlichsten Geheimnisse durch den Staat in allen seinen Erscheinungsformen gewahrt werden. Der Staat aber, die *res publica*, ist das Geschäft aller. Gewisse Dinge sind, während einer Zeitspanne, die nach den Umständen kürzer oder länger oder auch einmal sehr lang sein kann, mit Diskretion zu behandeln. Am Ende aber muss gelten: Alle dürfen wis-



► Bundesrat Samuel Schmid

sen, was im Namen aller und mit dem Geld aller geschieht. Kein Zweifel, dass dieser Grundsatz, konsequent durchgeführt, auch die Qualität der Arbeit am Staat und für den Staat erhöht. ◀

Zum Wohle der Alpen und ihrer Bewohner

Die ständerätliche Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie hat die Ratifizierung der Protokolle zur Alpenkonvention abgelehnt. Dieser Entscheid ist bei nur drei Enthaltungen einstimmig gefallen. Obschon sich die Kommission zu den Grundsätzen der Alpenkonvention bekennt, waren es schliesslich rechtliche Gründe, die den Ausschlag gegeben haben.

Die neun Zusatzprotokolle zu den Bereichen Raumplanung, Landwirtschaft, Naturschutz, Bergwald, Tourismus, Bodenschutz, Verkehr, Energie und Streitbeilegung schiessen weit über ihr Ziel hinaus. Anstatt Durchführungsfragen und Zuständigkeiten zu regeln, formulieren sie zwingende materielle Vorschriften. Dabei räumen sie konsequent dem Schutz den Vorrang gegenüber dem Nutzen ein. Dies

kann nur inakzeptabel sein in einem Land wie der Schweiz, dessen Territorium zu 60% den Alpen zuzurechnen ist.

Insbesondere die beiden Zusatzprotokolle, die die Bereiche Verkehr und Energie betreffen, schaffen mit ihren Vorschriften grosse Probleme für die Schweiz. Unser Land deckt 60% des einheimischen Strombedarfs aus der Wasserkraft. Unter dem Gesichts-

punkt einer sicheren und diversifizierten Energieversorgung, muss der Schweiz die Möglichkeit gegeben bleiben, eigenständige Entscheidungen zu fällen und den Schutz sorgfältig und unvoreingenommen gegenüber dem Nutzen abzuwägen. Ähnliches gilt auch für das Verkehrsprotokoll. Einige der wichtigsten und am häufigsten befahrenen Nord-Süd-Transitachsen führen durch die Schweiz. Schon heute zeigen sich Kapazitätsengpässe entlang der Nord-Süd-Route. Auch hier muss sich die Schweiz zwingend Handlungsspielraum frei halten - zu Gunsten der Anwohner, der Binnenwirtschaft wie auch zum Wohle der gesamteuropäischen Wirtschaft.

Schliesslich konnte sich die Schweiz, unabhängig von der Diskussion um die Alpen-

konvention, während des nun zu Ende gehenden UNO-Jahres der Berge auf internationaler Ebene profilieren. Aus diesem Anlass ist sie weltweit als ein Land vorgestellt worden, dem im Bereich nachhaltiger Entwicklung von alpinen Regionen eine führende Rolle zukommt. Bei der Behandlung von Fragen und Problemen zu Bergthemen hat sich die Schweiz zu einer bedeutenden Anlaufstelle entwickelt und hat sich zusammen mit hiesigen Fachleuten als anerkannte und zuverlässige Ansprechpartnerin etabliert. ◀

Thomas Porchet,
wissenschaftlicher Mitarbeiter
SVP Generalsekretariat



Nicht haltbarer Budgetvoranschlag 2003

Die Fraktion der SVP Schweiz hat einstimmig beschlossen, das Budget einmal mehr an den Bundesrat zurückzuweisen. Aufgrund der katastrophalen Finanzaussichten des Bundes und des mangelnden Sparwillens der anderen Parteien kann die SVP für ein solches finanzpolitisches Vorgehen nicht Hand bieten.

Die SVP fordert den Bundesrat auf, die Ausgaben um 1 Milliarde Franken zu reduzieren. Dies entspricht knapp 2 % der Ausgaben des Bundes. Gleichzeitig verlangt die SVP vom Bundesrat, dass im Bereich der Investitionen für den Nationalstrassenbau 200 Millionen Franken Mehrausgaben zu budgetieren sind.

Der diesjährige Budget- und Finanzplanprozess verlief mehr als chaotisch. Nachdem der Bundesrat am 30. September 2002 ein Budget vorgelegt hatte, das auf einem unrealistisch eingeschätzten Wirtschaftswachstum beruhte, musste er aufgrund grosser Kritik per Ende Oktober 2002 seinen Voranschlag überarbeiten. Das vom Bundesrat vorgelegte Budget schliesst mit einem Minus von 256 Millionen ab. In der Finanzkommission des Nationalrates wurden die Budgetausgaben zwar noch einmal um 100 Millionen gekürzt, was angesichts der Finanzaussichten des Bundes jedoch nach wie vor ungenügend ist. Deshalb hat die SVP auch weitere Sparmassnahmen von 218 Millionen als Minderheitsanträge in den Budgetprozess eingebracht, die wohl trotz bürgerlicher Dominanz im Parlament keine Chancen haben werden. Deshalb weist die SVP das Budget an den Bundesrat zurück, verbunden mit einer Sparforderung von 1

Milliarde Franken.

Rasche Fertigstellung Nationalstrassennetz

Die SVP setzt sich im Budgetprozess dafür ein, dass das seit Jahren vom Bundesrat versprochene Ziel „rasche Fertigstellung des Nationalstrassennetzes“ nicht weiter verzögert wird. Der Saldo der Strassenkasse übersteigt Ende 2002 bereits 3.7 Milliarden Franken. Die Kasse wird aus den Mineralölsteuern (pro Liter verkauftem Benzin) geüfnet und ist zweckgebundenes, für den Strassenbau und -unterhalt zurückgestelltes Geld. Damit das Budget keine weiteren Defizite aufweist, wird bei den Strassenausgaben gespart, obwohl das Geld dafür vorhanden wäre. Dies entspricht nichts anderem als reiner Budgetkosmetik, die aus Sicht der SVP zu unterlassen ist. Es handelt sich nicht um langfristige Sparmassnahmen, die die Ausgaben des Bundes nachhaltig senken. Deshalb verlangt die SVP, dass 200 Millionen Franken mehr für die rasche Fertigstellung des Nationalstrassennetzes eingesetzt werden. Die verfehlte Finanzpolitik des Bundesrates hat sich aber insbesondere im vorgelegten Finanzplan 2004-2006 niedergeschlagen.

Unhaltbarer Finanzplan

Gemäss Finanzplan wachsen die jährlichen Defizite bis im Jahr 2006 auf fast eine Milliarde Franken. Nachdem die SVP jahrelang die einzige Partei war, die den Finanzplan ablehnte und vor einer Weiterführung der verfehlten Finanzpolitik der 90er Jahre warnte, hat jetzt auch die Finanzkommission den Finanzplan zurückgewiesen. Ebenfalls hat der Bundesrat endlich reagiert. Am 20. November 2002 hat er beschlossen, den Finanzplan des Bundes bis 2007 um jährlich bis zu 1,6 Milliarden Franken zu entlasten. Damit will er eine Neuverschuldung vermeiden und grösseren Handlungsspielraum für sog. prioritäre Aufgaben des Bundes schaffen. Der Bundesrat hat ein Entlastungsprogramm auf das Jahr 2004 angekündigt. Die SVP freut sich über die Einsicht des Bundesrates, kann es aber nicht verantworten, so lange zu warten. Bei dieser prekären Finanzlage sind sofortige Entlastungsmassnahmen einzuleiten. Für die SVP hat nicht nur ein Ausgleich des Bundeshaushaltes über



► Nationalrat Bruno Zuppiger, Hinwil (ZH)

den gesamten Konjunkturzyklus zu erfolgen, sondern gleichzeitig muss im Auge behalten werden, wie der Wirtschaftsstandort Schweiz im internationalen Umfeld konkurrenzfähig erhalten werden kann (z.B. durch Steuer- und Abgabensenkungen) und wie der Schuldenberg auf längere Sicht reduziert werden kann. Daher wird sich die SVP nebst einem ausgeglichenen Bundeshaushalt auch weiterhin für das 1. Steuerpaket einsetzen, das vor allem die Familien und die KMU von Steuern entlasten wird. ◀

NOSER
...für dekoratives Licht!

...the swiss brand!

www.noserlight.ch



Demokratische Grundwerte in Frage gestellt

Im Gegensatz zum Bezirksrat beurteilt die Zürcher Regierung die Volksinitiative „Einbürgerungen vors Volk“ als verfassungswidrig und will sie deshalb nicht der Volksabstimmung unterbreiten. Dieser Entscheid wirft viele Fragen auf. Bedenklich ist, dass einmal mehr bürgerliche Regierungsmitglieder der Linken zu einer Mehrheit verhalfen.

Weil die bürgerliche Abteilung des Gemeindeparlaments bei der Verleihung des Schweizer Bürgerrechts jedes Mass verloren hat, will die Stadtzürcher SVP mittels Volksinitiative diese Befugnis den Stimmbürgern übertragen. Über die Praktikabilität des Vorschlags kann man unterschiedlicher Meinung sein. Hier geht es aber nicht um diese Frage, sondern darum, ob das Volk demokratisch über Einbürgerungen entscheiden können soll oder nicht.

Wenn der Regierungsrat davon ausgeht, dass es sich beim Entscheid über die Erteilung des Gemeindebürgerrechts „um einen Verwaltungsakt und nicht um einen politischen Akt handelt“, so ist dies ein ganz grundlegender Fehler. Bei der Verleihung des Bürgerrechts geht es letztlich um das Recht, in politischen Fragen mitentscheiden zu können. Dieser Entscheid war immer ein politischer Entscheid und muss es auch bleiben.

Es zeugt von einer Geringschätzung der Stimmbürger, wenn der Regierungsrat von einer „Überforderung der Stimmberechtigten“ spricht und meint, die „Wahrscheinlichkeit rechtswidriger Entscheide“ sei „geradezu programmiert“. Demokratische Entscheide sind nicht „richtig“ oder „falsch“ - sie beruhen auf einer demokratisch eruierten Mehrheit. Hinter dem Vorwurf der Rechtswidrigkeit verbirgt sich letztlich nichts anderes als der Wunsch nach einem rechtlichen Anspruch auf Einbürgerung - ein Postulat der Linken.

Die Schweiz ist mit der konsequenten Abstützung auf das demokratische Prinzip gut gefahren. Es ist gefährlich, wenn Gerichte politische Entscheide treffen müssen. Diese unheilvolle Verschiebung der Gewaltenteilung gilt es unbedingt zu verhindern. ◀

Gregor A. Rutz, Generalsekretär

Chance verpasst!

Mit der äusserst knappen Ablehnung der Asylinitiative wurde einmal mehr eine Chance verpasst, die Missbräuche im Asylwesen konsequent zu bekämpfen. Noch einmal wird sich das Volk jedoch nicht hinhalten lassen. Die SVP wird den Bundesrat und die anderen Parteien genau beobachten und an ihren zahlreichen Versprechungen messen.

Einmal mehr vermochte die SVP an der Asylabstimmung viel mehr Wählerinnen und Wähler für ihren Standpunkt zu gewinnen, als es ihrem Wähleranteil von rund 25 % entspricht. Das äusserst knappe Resultat zeigt, wie gross der Unmut im Volk ist. Seit Jahrzehnten hat nie mehr eine Volksinitiative, die sowohl vom Bundesrat als auch von den Medien massiv bekämpft

wurde, ein so gutes Resultat gemacht.

Klares Signal

Dass trotz massivsten Warnungen seitens der Initiativgegner in Politik und Medien - man muss beinahe schon von Drohungen sprechen - die Asylinitiative über 49.9 % der Stimmen gemacht hat, sollte

für den Bundesrat und die anderen Parteien eine deutliche Warnung und ein klares Signal sein, dass sie nun die absolut letzte Gelegenheit erhalten, im Asylwesen endlich wirkungsvolle Massnahmen einzuführen.

Neues Gesetz abwarten

Dazu wird die Asylgesetzrevision und die Einführung des neuen Ausländergesetzes einen gewissen Beitrag leisten können. Die SVP hat im Abstimmungskampf zur Kenntnis genommen, dass insbesondere CVP und FDP ihre Unterstützung zu diesen Revisionsprojekten und damit auch zu gewissen Forderungen

gen der SVP zugesichert haben. Nach Abschluss der Revisionsarbeiten wird die SVP eine Standortbestimmung vornehmen und über das weitere Vorgehen entscheiden.

Erfreut ist die SVP über die Annahme des neuen Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Damit wird eine Notmassnahme durch ordentliches Recht abgelöst. Für Arbeitnehmer und Arbeitgeber wird die Steuerschraube etwas gelockert, was in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit hoch willkommen ist und zur Sicherung von Arbeitsplätzen beiträgt. ◀

Mediencommuniqué vom 24. November 2002

Teilerfolg der SVP-Asylpolitik

Das hauchdünne Resultat zur SVP-Asylinitiative ist eine deutliche Absage an die bisherige bundesrätliche Asylpolitik. Die Initiative wurde zwar abgelehnt, gleichzeitig aber auch ein klarer Auftrag für die Asylgesetzrevision erteilt: Dem Asylrechtsmissbrauch ist endlich ein Riegel zu schieben. Die diesbezüglichen Forderungen der SVP sind umzusetzen.

Alle Register gezogen

Der Bundesrat und die anderen Parteien haben in den letzten Wochen vor der Abstimmung alle Register gezogen, um ein Ja zur SVP-Asylinitiative zu verhindern. Bereits bei der Abstimmung über die erste Asylinitiative der SVP im Jahre 1996 entwickelten die Gegner grossen Aktivismus und versprachen Besserung. Diesmal ging man noch einen Schritt weiter, da man befürchten musste, dass die leeren Versprechungen nicht mehr ankommen würden. Man liess nichts aus. Von der vermeintlich negativen Reaktion unserer Nachbarländer über die EU bis hin zur UNO. Alle würden sie die Schweiz ächten, Verträge kündigen und dergleichen mehr. Und dennoch verpasste die Initiative das Volksmehr nur um ein winziges Zehntel Prozent

Auftrag für Asyl- und Ausländergesetzrevision

Nach diesem grossen Erfolg der Asylinitiative liegt der Ball nun beim Bundesrat und den anderen Parteien. Sie haben den Tatbeweis für ihre Versprechungen auf Besserung der Asylpolitik zu erbringen. Gelegenheit dazu bietet sich sowohl bei der bevorstehenden Asylgesetzrevision wie auch bei der bereits in Bera-

tung befindlichen Ausländergesetzrevision. In beiden Vorlagen sind Regelungen zu verankern, mit denen dem Missbrauch unseres Systems ein Riegel geschoben werden kann. Die Drittstaatenregelung ist ohne Ausnahmebestimmungen in die Gesetzgebung aufzunehmen, die Carrier Sanctions sind wie vorgesehen zu verankern und die Verfahren inklusive Rekurse sind zu beschleunigen.

Bundesrat gefordert

Der Bundesrat wird nun endlich zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Asylpolitik der letzten Jahre in die falsche Richtung ging. Er hat nun zu zeigen, ob es ihm ernst ist mit der Bekämpfung des Asylrechtsmissbrauchs, und ob er die besseren Rezepte dazu hat.

Die SVP fordert den Bundesrat daher auf,

► ein Konzept vorzulegen, mit welchen Massnahmen er die Anzahl der missbräuchlichen Asylgesuche in der Schweiz senken will

► den Tatbeweis dafür anzutreten, dass er bereit ist, die Ausschaffung abgewiesener Asylsuchender konsequent umzusetzen und die Kantone beim Vollzug zu unterstützen

► Rückübernahmeabkommen mit weiteren Ländern sofort abzuschliessen

► Massnahmen zur Bekämpfung der Kriminalität Asylsuchender vorzulegen

Asylgesuchszahlen werden es zeigen

Die Entwicklung der Asylzahlen wird zeigen, ob sich die bundesrätlichen Versprechen erfüllen. Die SVP befürchtet einen weiteren deutlichen und stetigen Anstieg der Gesuchzahlen im nächsten Jahr, wenn der Bundesrat nicht rasch handelt. Im Vorfeld der Abstimmung ist er in gewissen Bereichen aktiv geworden. Damit versuchte er, wie bereits bei der ersten Asylabstimmung 1996 ein Ja zu verhindern. Damals lehnte er sich nach der Abstimmung wieder zurück. Wenn dies nach diesem knappen Resultat wieder der Fall ist, werden wir in Kürze eine chaotische Situation im Asylbereich haben.

Handlungsbedarf in vielen Bereichen

Die Probleme im Asylwesen sind vielfältig. Die Zahl der missbräuchlichen Gesuche ist einer der wichtigsten Punkte. Daher zielte die Initiative in



► **Aliko Maria Panayides, stv. Generalsekretärin**

erster Linie darauf ab. Im Weiteren besteht aber auch im Bereich Vollzug und Kriminalität von Asylsuchenden akuter Handlungsbedarf. Es geht nicht an, dass Entscheidungen nicht vollzogen werden, dass sich Verfahren hinziehen, Ausschaffungen verzögert werden, bis man abgewiesene Asylbewerber dann doch noch aufnimmt. Es ist auch stossend, wenn das Asylrecht zum Schutzrecht für Kriminelle wird. Und es ist verheerend, wenn als Folge des Missbrauchs unseres Asylrechts die Gewalt an den Schulen überhand nimmt. Die SVP wird in der Bekämpfung dieser Missstände nicht lockerlassen. ◀

Aliko M. Panayides, stv. Generalsekretärin

La Suisse romande s'intéresse à vos produits!

Aktiv werden in der französischen Schweiz!
Sprachlich sauber, fachlich kompetent. Wir begleiten Sie.

Redaktion und Produktion von zweisprachigen Fachzeitschriften, Firmenzeitungen und Werbeschriften. Kompetent, attraktiv, modern.

Übersetzungen deutsch ► französisch und französisch ► deutsch in Technik, Wirtschaft und Politik - fachgerecht übersetzt und sprachlich sauber redigiert.

Edition et Communication 1789 Lugnorre
Tel 026 673 02 22 Fax 026 673 02 24 Mail edcomfro@bluewin.ch



Swiss - vom Regen in die Traufe

Am 20. November 2002 kündigte die Swiss im Rahmen ihres revidierten Budgets für 2003 ein massives Sparprogramm an. Mit einer Flottenstraffung um 8 Maschinen und einem Personalabbau von 300 will die Swiss SFr. 400 Mio. einsparen.

Ende September stellte sich die Belegschaft der Swiss noch auf 10'533 Vollzeitstellen (11'977 Personen). Im Konzept 26/26/82 der Botschaft des Bundesrates vom 7. November 2001 waren jedoch noch 14'935 Mitarbeiter vorgesehen. Ende 2000 beschäftigte der Swissair Konzern 71'905 Mitarbeiter, davon 21'456 in der Schweiz. Ein Vergleich der Beschäftigtenzahlen der Swiss mit der Swissair ist aber deshalb nicht möglich, weil zahlreiche Betriebe des ehemaligen Swissair-Konzerns ausgegliedert, verkauft oder geschlossen wurden.

Grosser Verlust

Bis September 2002 erlitt die Swiss einen Reinverlust von SFr. 582 Mio., was pro transportierten Passagier SFr. 112 ausmacht. Im vierten Quartal dürfte sich der Verlust wieder ausweiten, so dass für das gesamte Jahr ein Defizit von mindestens SFr. 800 Mio. in Aussicht steht, was sich mit dem im Businessplan vorgesehenen Rückschlag von SFr. 1,1 Mrd. vergleicht. Wenn nun vorgegaukelt wird, der Geschäftsgang entwickle sich besser als im Business-Plan vorgesehen, dann ist dies eine Irreführung. Massgebend für die Bundeskredite und Beteiligungsnahmen war nicht der Business-Plan, sondern die Botschaft des Bundesrates. In der Beilage zur Botschaft über die Finanzierung des Redimensionierungskonzeptes für die nationale Zivilluftfahrt vom 7. November 2001, wel-

che als Grundlage für die Gewährung von SFr. 2,1 Mrd. Gelder für die Luftfahrt dienen, wurde dem Eidgenössischen Parlament für 2002 ein Verlust vor Steuern von nur SFr. 722 Mio. in Aussicht gestellt. Im nächsten Jahr sollte ein Gewinn von SFr. 90 Mio. resultieren, im Jahre 2004 einer von SFr. 306 Mio.

Wie Schnee an der Sonne

Gemäss Plan hätte die Swiss mit einem Eigenkapital von SFr. 3.04 Mrd. ihren Betrieb aufnehmen sollen. Die Kantone und Gemeinden haben sich nicht wie ursprünglich vorgesehen mit 15%, sondern nur mit 12,3% beteiligt. Dennoch flossen der Swiss im Zeitraum Dezember 2001 bis Juli 2002 neue Eigenmittel in der Höhe von SFr. 2558 Mio. zu. Ende September 2002 betrug das Eigenkapital dennoch nur noch SFr. 2125 Mio. Bis Ende 2002 dürften die Eigenmittel bereits wieder unter SFr. 2 Mrd. fallen. Ein Drittel der Eigenmittel sind somit bereits aufgebraucht. Auf eine Bilanzsumme von SFr. 5 Mrd. scheint der verbleibende Rest immer noch eine komfortable Eigenmittelausstattung zu sein. Dabei gilt es allerdings zu bedenken, dass per Mitte Jahr Kaufverpflichtungen von insgesamt SFr. 3,5 Mrd. bestanden, wovon SFr. 3451 Mio. auf Flugzeuge entfallen. Wieweit die Aufrüstung der Flugzeugflotte durch den Verkauf nicht mehr benötigter Maschinen kompensiert werden kann, ist

nicht bekannt. Selbst wenn nur die Hälfte der Kaufverpflichtungen bilanzwirksam wird und sich die Bilanzsumme damit auf rund SFr. 7 Mrd. erhöht, und im nächsten Jahr ein ausgeglichenes Resultat erzielt wird, wird die Eigenkapitalquote von 44,6% per Ende September 2002 auf 27% zurückfallen. Wenn die neu erworbenen Flugzeuge vollständig zu Buche schlagen und im nächsten Jahr ohne Sparmassnahmen ein Verlust von SFr. 500 Mio. eintritt, dann sinkt die Eigenmittelquote auf 18% und es werden sich erneut ernsthafte Kreditbonitätsfragen stellen.

Sollte sich infolge eines allfälligen Irak-Krieges und eines Einbruchs im Flugverkehr ein weiterer Finanzengpass abzeichnen, dann stellt sich erneut die Frage nach staatlichen Geldern. Die Crossair bzw. Swiss hat ihr Aktienkapital in vier Schritten auf insgesamt 52,49 Mio. Aktien erhöht. Die für alle zu SFr. 56 pro Aktie emittierten Aktien brachten der Swiss neue Eigenmittel von SFr. 2558 Mio. Da der Aktienkurs seither (bis 22.11.2002) unter SFr. 30 gefallen ist, resultierte für jene, welche an der Kapitalerhöhung teilnahmen bereits ein Verlust von SFr. 1188 Mio. bzw. von 47% pro Aktie. Dazu kommen die Kursverluste der Altaktionäre der Crossair. Der Bund war Ende Juni 2002 mit 20,5% am Aktienkapital beteiligt. Auf seinen 10,7 Mio. Aktien bzw. seinem SFr. 600 Mio.-Engagement hat er somit bereits SFr. 278 Mio. verloren. Die Kantone halten weitere rund 6,4 Mio. Aktien, auf denen sie SFr. 166 Mio. verloren haben. Zu diesen direkten SFr. 444 Mio. Verlusten kommen weitere verdeckte Staatsengagements über die Swisscom oder die Kantonalbanken, so dass sich die Verluste für die



► Nationalrat Hans Kaufmann, Wettswil (ZH)

Stimmbürger bereits auf über SFr. 500 Mio. belaufen.

Die übrigen Investoren, vorwiegend Firmen und Privatanleger, welche an der Kapitalerhöhung teilgenommen haben, verloren auf den einbezahlten rund SFr. 1600 Mio. bereits rund SFr. 700 Mio. und werden wohl kaum nochmals bereit sein, eine weitere Kapitalerhöhung zu finanzieren. Zudem sind einige der "Spender" selbst mit finanziellen Problemen konfrontiert. Es sei hier an die prominenten Firmen Rentenanstalt, die für SFr. 50 Mio. Swiss-Aktien kaufte oder an die Zürich, die SFr. 100 Mio. investierte, erinnert. Die Firmen können ihre Wertverluste immerhin wieder steuerlich abziehen, d.h. der Staat beteiligt sich indirekt ein weiteres Mal an den Verlusten.

Dazu kommt, dass die Streitigkeiten um den Namen Swiss, die Auseinandersetzung der Pilotenvereinigungen, nicht berechnete Prüfungsexperten, Pilotenfehler bei einer Landung in Berlin, der tragische Flugzeugabsturz in Bassersdorf und die technischen Mängel der neu anzuschaffenden brasilianischen Embraer-Flugzeuge das Vertrauen in die Swiss und damit deren Kapi-



talmarktfähigkeit schwer beinträchtigt haben.

Weitere Fehler vermeiden

Auch wenn Bund, Kantone und Gemeinden bereits SFr. 444 Mio. aus ihrem SFr. 964 Mio.-Engagement verloren haben, werden sie wohl bei einer weiteren Krise wie bei der Expo.02 erneut zur Kasse gebeten werden. Es wird dann etwa heissen: Nun haben wir schon soviel Geld in die Swiss investiert, dass wir weiteres nachschliessen müssen, denn wenn wir dies nicht tun, dann verlieren wir das bereits investierte. Der Bund hat zwar die Swiss-Beteiligung bereits ab-

geschrieben, so dass die nötigen Wertberichtigungen die Jahresrechnung 2002 nicht mehr belasten werden, aber es bleibt die jährliche Verzinsung der rund SFr. 2 Mrd., die in die Swissair und in die Swiss investiert wurden und denen kein Ertrag gegenübersteht. Das sind je nach Zinsniveau zwischen SFr. 60 Mio. und SFr. 100 pro Jahr. Dieses Geld fehlt nun für dringendere Aufgaben und nützlichere Investitionen.

Das Schlimmste an diesem ordnungspolitischen Fehler ist die Tatsache, dass nun auch andere notleidende Gesellschaften glauben, Anrecht auf staatliche Unterstützung zu haben. Es bleibt nur zu hof-



Bild: Sebastian Derungs.spb

► Swiss: Kurz vor dem nächsten Grounding?

fen, dass die anderen bürgerlichen Parteien endlich aus diesen Fehlern lernen und der Swiss klar und deutlich signa-

lisieren, dass kein Rappen zusätzliche Staatsgelder mehr für den überdimensionierten Flugverkehr bewilligt wird. ◀

DIE SICHERE INVESTITION.



DER NEUE LEGACY 2.0 4WD «SWISS», FR. 30'800.- NETTO.

Seit eh und je hoch im Kurs: Der Kombi-Liebling für alle, die sich gerne von starker Leistung, lückenloser Sicherheit, grossem Platzangebot und Komfort überzeugen lassen. Und vom Preis überraschen. Im 2x5-Gänger mit Hill-Holder (Fr. 30'800.- netto) oder im 4-Stufen-Automat (Fr. 32'800.- netto).

4WD Bodenhaftung selbstverständlich inklusive. Profitieren Sie von 125 PS, 4 Airbags, ABS, Leichtmetallfelgen 15", 1646 Liter Ladevolumen und ein paar attraktiven Neuerungen innen und aussen. Sowie vom 4x4-Vorsprung, der 3-Jahres-Garantie und seinem hohen Wiederverkaufswert.



JUSTY 4WD, 3-/5-türig
Abb.: 1,3 l, 85 PS, 3-türig
Fr. 17'750.- netto



IMPREZA 4WD, 4-/5-türig
Abb.: 1,6 l, 95 PS, 5-türig
Fr. 23'900.- netto



FORESTER 4WD, 5-türig
Abb.: «Advantage», 2,0 l,
125 PS, Fr. 28'500.- netto



LEGACY 4WD, 4-/5-türig
Abb.: «Swiss», 2,0 l, 125 PS,
5-türig, Fr. 30'800.- netto



OUTBACK 4WD, 5-türig
Abb.: 2,5 l, 156 PS,
Fr. 37'200.- netto



SUBARU
Active Driving, Active Safety

Bilaterale II: Auf Messers Schneide

Wieder einmal sieht das Bundeshaus das zweite Paket der Bilateralen Verhandlungen mit der EU in der «entscheidenden Phase».

In Wahrheit stehen die Verhandlungen in zwei für die Schweiz sehr kritischen Bereichen auf Messers Schneide: Bezüglich Bankkundengeheimnis und Schengen-Vertrag.

Bankkunden- geheimnis

Die EU will mit massivem Druck und teils rüden Angriffen die Schweiz zur Preisgabe ihres Bankkundengeheimnisses zwingen. Stattdessen will Brüssel eine umfassende Meldepflicht für alle Vermögensanlagen von Privaten erzwingen - wobei die EU dies nur durchsetzen kann, wenn auch wichtige Finanzplätze ausserhalb der EU dieser umfassenden Meldepflicht unterstellt werden.

Die EU setzt gegen die Schweiz mächtig Druck auf.

Ein Grund, dem Drängen Brüssels nachzugeben, besteht allerdings nicht. Und obwohl der Bundesrat unser Land als «isoliert» beklagt, kann es auf gute Freunde zählen - auf die USA ausserhalb der EU, auf Luxemburg und Österreich innerhalb der EU.

Geht die Schweiz keine faulen Kompromisse ein, dann muss Brüssels Meldepflicht fallen - weil diese auch von den USA als unakzeptabler Eingriff in die Privatsphäre kategorisch abgelehnt wird. Wohl oder übel muss die EU dann das Verrechnungssteuer-Modell, wie es von der Schweiz seit Jahren mit gutem Erfolg gegen Steuerhinterziehung genutzt wird, akzeptieren, womit die EU zwar am Steuerertrag von Vermögensanlagen im Ausland beteiligt wird, hingegen keinerlei Informationen über die Anleger erhält.

Schengen

Der Vertrag von Schengen bewirkte innerhalb der EU die Abschaffung aller Grenzkontrollen einerseits, die verstärkte polizeiliche Zusammenarbeit bei Fahndung und Verbrechensbekämpfung andererseits.

Zwar hat der Gesamtbundesrat die Pläne von Bundesrätin Metzler, die den Vollbeitritt der Schweiz zum Schengener Abkommen anstrebte, längst zurückgestutzt: Nur noch von Assoziation ist die Rede. Indem die Schweiz aber volle Mitbestimmung bei der Weiterentwicklung des - von der EU als «dynamisch» verstandenen - Schengen-Systems pocht, stösst sie bei der EU auf Granit: Mitbestimmung ist bislang den EU-Mitgliedern allein vorbehalten.

Grund zur Sorge muss darob nicht aufkommen: Die Abschaffung der Grenzkontrollen zwischen den Schengen-Staaten wird bereits heute von



► Nationalrat Ulrich Schlüer, Flaach (ZH)

mehreren EU-Mitgliedern als Fehler eingestuft. Im Zeitalter illegaler Masseneinwanderung und grenzüberschreitendem Schlepperunwesen, von grenzüberschreitender organisierter Kriminalität und zunehmender Terrorgefahr wäre die Abschaffung unserer Grenzkontrollen verantwortungslos.

Lieber die Verhandlungen platzen lassen als eine weitere Durchlöcherung der Landesgrenzen hinnehmen. ◀

Muss der Bund Kinder kaufen?

Was gibt es Schöneres als die Geburt eines Kindes zu erleben? Ein neues Leben ist entstanden, in der Regel als Folge des Kinderwunsches eines Paares, der von Vertrauen in die Zukunft, Vertrauen in die Beziehung und vom Wunsch nach einem sowohl wunderbaren als auch bindenden Abenteuer zeugt.

Diese Wahl bleibt nicht ohne Konsequenzen: Opfer hat zu bringen, wer diese faszinierende Erfahrung machen will. Diese Opfer können nicht mit finanziellen Massstäben gemessen werden. Es geht um mehr als ein paar Tausend Franken bei der Geburt. Darin sind sich viele Junge mit mir einig.

Das Parlament schickt sich nun an, über den Bund für die Mutterschaft Leistungen gleich zu erbringen wie beim Militärdienst, nämlich über Lohnersatz durch die Erwerbssersatzordnung (EO). Dies bedingt eine Erhöhung der EO-Lohnprozente und eine Entnahme von 1.5 Milliarden Franken aus den Reserven dieser Kasse.

Ohne dieses Projekt hätten die Reserven der EO erlaubt, die Schulden der Invalidenversicherung zu tilgen und dieses Sozialwerk wieder auf eine gesunde finanzielle Basis zu stellen.

Weshalb will man nicht wie bisher den Unternehmungen in den verschiedenen Branchen die Möglichkeit geben, in Eigenregie den Mutterschaftsurlaub der angestellten Mütter zu finanzieren? Mit diesem System hat man gute Erfahrungen gemacht. So nehmen die Unternehmungen Eigenverantwortung wahr.

Die neue Ordnung wird unerwünschte Nebenwirkungen

zeitigen. Betriebe aus dem Baubereich, die ohnehin keine hohen Gehälter zahlen können und wo kaum Frauen arbeiten, werden in Zukunft Beiträge für die Finanzierung der Mutterschaftsversicherung für andere Branchen aufbringen müssen. Dies ist ungerrecht. Dass Bauern und Kleinunternehmer, deren Frauen im Betrieb ohne Gehalt mitarbeiten, auch nichts erhalten, ist ebenfalls nicht richtig. Die Entscheidung für ein Kind ist eine Investition in die Zukunft, darf aber niemals zu einer Leistung des Staates reduziert werden.

Nationalrat Jean Fattebert, Vize-Präsident SVP Schweiz, Villars-Bramard (VD)



Weltfremde Bürokraten

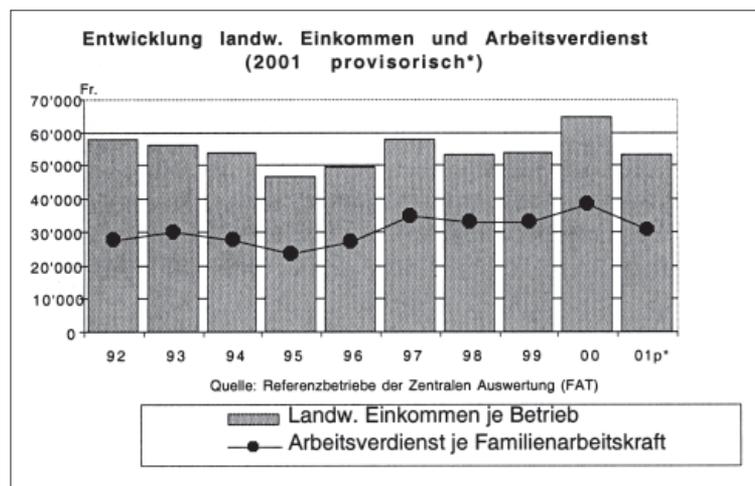
Der „Agrarbericht 2002“ des Bundesamtes für Landwirtschaft ist eine wunderbar aufgemachte Hochglanzbroschüre, die einem als Bauer leider einmal mehr bewusst macht, wie weit weg die Verwaltung von den Alltagsorgen der Schweizer Landwirtschaft ist.

Entsprechend lauteten dann auch die Presseberichte: „Die Lage der Bauern ist nicht so trostlos“, „Bauern sind konkurrenzfähig“, oder „Bauern meistern Agrarreform gut“. Die Internetplattform „Swiss-politics“ titelte gleichentags sogar: „Landwirtschaft - alles nur halb so schlimm“. Damit wurde vom Bundesamt für Landwirtschaft das Ziel wohl erreicht: Kurz vor der Debatte im Ständerat zur AP 2007 der Bevölkerung noch einmal zu zeigen, dass die Bauern gar nichts zu jammern hätten.

In dem über 280-seitigen Bericht wird Bilanz gezogen über die ökonomischen, sozialen und ökologischen Auswirkungen der Agrarreform, über die Entwicklungen bei den agrarpolitischen Massnahmen und den Vergleich mit den umliegenden Ländern. Beschönigendes Fazit: „Die Schweizer Bäuerinnen und Bauern meistern die Herausforderungen der Agrarreformen im Allgemeinen gut. Die Einkommen sind im Vergleich zu den Löhnen der übrigen Bevölkerung tief. Dies war aber schon vor der Agrarreform der Fall.“ (zitiert aus dem Pressecommuniqué BLW).

Die Fakten freilich sprechen eine andere Sprache. Tatsache ist, dass der Arbeitsverdienst je Familienarbeitskraft im Durchschnitt gerade mal bei 30'000 Franken liegt. Im Berggebiet liegt dieser Wert beängstigend weit unter dem Mittel. Von einem mit der übrigen Bevölkerung vergleichbaren Einkommen - wie dies im

Landwirtschaftsgesetz vorgesehen ist - kann nicht einmal annähernd die Rede sein.



Die Tatsache, dass das Gesamteinkommen im Durchschnitt der Jahre 1999/2001 wesentlich tiefer liegt als 1990/1992 wird mit einem kurzen Hinweis zur Seite geschoben. Rechnet man zudem die Teuerung der 90er Jahre auf, so wird offensichtlich, dass die Landwirtschaft gesamthaft in dieser Zeitspanne mindestens einen Fünftel ihrer Kaufkraft einbüsste. Einleuchtend ist deshalb, dass in den letzten Jahren bei mindestens einem Drittel der landwirtschaftlichen Betriebe die Eigenkapitalbildung negativ ausfiel.

Es kann nicht angehen, dass in einem Land ein Drittel eines ganzen Berufsstandes unter der Armutsgrenze lebt, also zu den sogenannten „Working Poor“ gehört und dies von Seiten des Bundes auch noch beschönigend dargestellt wird.

Betriebs-schliessungen

Zwischen 1990 und 2000 hat die Anzahl Betriebe von 92'815 um 24% auf 70'537 abgenommen. Diese rasante Entwicklung ist insofern besorgniserregend, da sie bei gleichbleibendem Tempo den ländlichen Raum nachhaltig und in kurzer Zeit verändern wird. Es kann nicht angehen,

weniger als 20 Hektaren auf. Da soll mir einmal einer vom Bundesamt erklären, wie die Agrarreform sozialverträglich durchgeführt werden kann, wenn vorab Milchbetrieben von über 30 Hektaren Fläche einigermaßen eine Überlebenschance eingeräumt wird. Vielleicht kann man damit dem unbedarften Leser Eindruck machen. Den betroffenen Landwirten hingegen wird einmal mehr vor Augen geführt, dass sie von „ihrem“ Bundesrat aus dem Volkswirtschaftsdepartement wohl ihrem Schicksal überlassen werden.

Angesichts der prekären Einkommenssituation der Landwirtschaft ist es denn auch völlig unverständlich, dass Bundesrat Couchepin im Budget 2003 ausgerechnet bei den Beihilfen und Zulagen in der Milchwirtschaft 30 Millionen einsparen will. Wir werden dafür kämpfen, dass der Minderheitsantrag der Finanzkommission, angeführt von Nationalrat Weyeneth, durchkommt und somit diese 30 Millionen im Parlament erfolgreich verteidigt werden können. Damit könnte man zumindest einen Beitrag dazu leisten, dass im nächsten Jahr allenfalls nicht noch eine weitere Milchpreissenkungsrunde stattfinden müsste.

Im Hinblick auf die Beratung der Agrarpolitik 2007 werden wir bäuerlichen Parlamentarier der SVP alles daran setzen, die Einkommenssituation der produzierenden Landwirtschaft, insbesondere im Bereich der Milch, nicht noch weiter zu verschlechtern. Dafür benötigen wir die breite Unterstützung derjenigen Kreise im Parlament, die der Landwirtschaft gut gesinnt sind.

dass dieser Strukturwandel damit abgehandelt wird, indem einfach auf die EU verwiesen wird. Viel mehr muss der Strukturwandel noch verstärkt in die ganze Fragestellung der Entwicklung des gesamten ländlichen Raumes eingebettet werden. Es geht um die vorhandenen Infrastrukturen, wie diejenige der Schulen, für den Verkehr, für das Gewerbe und den Tourismus in den vielfach abgelegenen Berg- und Hügelregionen. Unter diesem Aspekt bekommt die ganze Problematik eine gesellschaftspolitische Dimension.

Im Stich gelassen

Von den rund 70'000 landwirtschaftlichen Betrieben wiesen im Jahr 2000 rund 52'000 Betriebe eine landwirtschaftliche Nutzfläche von



**Der Hit im SVP Shop:
Original Victorinox Offiziersmesser
mit 12 Funktionen**

..... Expl. Offiziersmesser	Original Victorinox	Fr. 20.--
..... Expl. Kleber	Bogen à 35 Kleber	Fr. 6.--
..... Expl. Jass	deutschschweizer Karten franz. Karten	Fr. 3.--
..... Expl. Ballone	Sack à 50 Stück	Fr. 40.--
..... Expl. Kugelschreiber		Fr. 2.50
..... Expl. Feuerzeug	nachfüllbar	Fr. 5.--
..... Expl. Tischtuchrolle	PVC, 1 x 100 m	Fr. 100.--



Fr. 20.--

Alle Preise exkl. Versandkosten; inkl. MWST

Name Vorname

Adresse PLZ/Ort

Telefon Mail

Ort Datum Unterschrift

Bitte Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach, 3000 Bern 26, per Fax an 031 301 75 85 oder Mail gs@svp.ch

Kurzmeldungen

Zug verdoppelt



Mit einem sensationellen Resultat von **+ 11.4 %** hat die SVP Zug bei den Kantonsratswahlen vom 27. Oktober abgeräumt. **Die Fraktion verdoppelte sich dadurch auf 18 Mitglieder.** Die SVP ist jetzt im Kanton Zug mit einem Wähleranteil von 21.6 % nur noch unwesentlich schwächer als die zwei bisher dominierenden Parteien CVP (28.4 %) und FDP (25.7 %), die beide in den letzten 8 Jahren rund 10 % Wähleranteil an die SVP verloren haben.

Bei den Regierungsratswahlen erreichte die SVP in Zug einen Wähleranteil von **22.5 %** und verpasste damit einen zweiten Sitz **nur knapp**. Im Kanton Zug wird die Regierung nach dem Proporzwahlrecht gewählt. ◀

Impressum SVPja

**Herausgegeben von
der Stiftung SVP-Parteizeitung**

Erscheint 12 Mal im Jahr

**Verantwortlich für die Redaktion:
Dr. Yves Bichsel**

Anzeigenverwaltung:

Simon Glauser, Tel 031 302 58 58, Fax 031 301 75 85, svpja@svp.ch

Postadresse:

Generalsekretariat SVP, Brückfeldstr. 18, Postfach, 3000 Bern 26
Tel 031 302 58 58, Fax 031 301 75 85, svpja@svp.ch

Abonnementspreise:

Jahresabonnement für Nicht-Parteimitglieder 35.-
Parteimitgliedern wird die Zeitung gratis zugestellt.

Bankverbindung:

Stiftung SVPja, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck:

Verlag Zofinger Tagblatt, Henzmannstr. 18, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

Adressänderungen:

siehe Adresse **"Druck"**



30 Jahre SVP Kanton Schwyz Feier in würdigem Rahmen

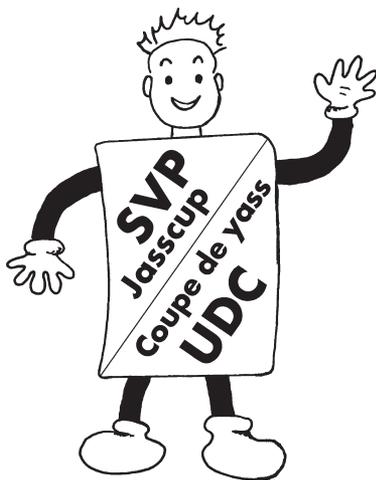


► v.l.n.r. Regierungsratspräsident Alex Kuprecht, Nationalrat Ueli Maurer, alt Kantonsrat Hugo Lacher, Parteipräsident SVP Schwyz Pirmin Schwander und alt Parteipräsident Richard Bingisser

Dieses Jahr feiert die SVP Kanton Schwyz ihr 30 jähriges Bestehen. Dieses würdige Fest feierten die Parteimitglieder am 19. Oktober in Rothenthurm, der „Geburtsstätte“ der Partei. Dr. Pirmin Schwander begrüßte unter der Gästeschar auch Parteipräsident Ueli Maurer sowie die Nationalräte Toni Brunner und Peter Föhn. Nachdem Apéro führte Walter Stählin aus Lachen mit viel Witz durch das buntgemischte und abwechslungsreiche Programm. Die Kindertanzgruppe „Bärglüt vom Rothäthurä“, das Märchler-Chörl und der Marronibrötler mit

seiner humorvollen Laudatia über die anwesenden Politgrößen sorgten für Begeisterung und viele Lacher. Für das leibliche Wohl sowie die Dekorationen waren die SVP Frauen verantwortlich. Zwischen den einzelnen Showblocks überbrachten die Gäste ihre Grussworte an die jugendliche Partei. Insbesondere der gewiefte Toni Brunner verstand es ausgezeichnet, dem Jubiläum mit einer humorvollen Rede eine besondere Note zu geben.

◀
Rita Marty, SVP Kanton Schwyz, Rothenthurm (SZ)



Die SVP Ortspartei Muotathal (SZ) lädt alle Jassfreunde ganz herzlich ein zum

3. Nationalen SVP Jasscup

**mit mindestens einem SVP-Bundesrat,
SVP-National- und Ständeräten**

Samstag, 22. Februar 2003 - Türöffnung 10.00 Uhr

Mehrzweckhalle Muotathal (SZ)

Wanderpreise für die Siegerinnen und Sieger sowie viele attraktive Preise!

Anmeldetalon

**Jetzt
anmelden!**

- Schieber** mit zugelostem Partner
 - deutschschweizer Karten
 - französische Karten

- Differenzler** mit verdeckter Ansage
 - deutschschweizer Karten
 - französische Karten

Name: Vorname:

Adresse:

PLZ: Ort:

Talon einsenden an: SVP Muotathal, Herrn Armin Schelbert, Brand 5, 6436 Ried-Muotathal
Telefon 041 830 10 41, Fax 041 831 02 69, Mail armin.schelbert@bluewin.ch



Ein Schuldengruss aus Basel

In den 90er Jahren hat sich die Staatsverschuldung des Kantons Basel-Stadt um die Hälfte (50%) erhöht (von 3,4 Mrd. um 1,7 Mrd. auf 5,1 Mrd.). Basel überbordert; aber auch der Bund und einige Kantone treiben emsig Schuldenwirtschaft. Ein stetiger Zuwachs der Staatsquote ist das Ergebnis. Weniger im eigenen Portemonnaie, mehr für den Staat.

Die Staatsrechnung 2001 zeigte 6,1 Mrd. Franken Schulden. Im Kanton BL sind dies SFr. 700 Mio. Wenn man berücksichtigt, dass der Kanton BL etwa 25% mehr Einwohner hat, so ergibt dies eine Verschuldung pro Kopf, welche 10 mal höher ist in BS als in BL. Ein katastrophales Missverhältnis, welches an überschuldete Entwicklungsländer erinnert.

Die Folge der zu hohen Steuern ist eine stetige Abwanderung nach Riehen und Basel-Land. Der umfangreiche Sozialstaat wird nicht mehr in dieser Form gewünscht, auf jeden Fall von denjenigen, die ihn mit ihren Steuern zahlen. Im Jahre 2001 haben die Staatsbeamten um 3% zugenommen, so wie fast jedes Jahr. Wenn diese Entwicklung anhält: permanenter Ausbau

des Staatsapparates, permanenter Bevölkerungsschwund; so werden etwa im Jahre 2023 in Basel-Stadt mehr Beamte arbeiten als Einwohner leben. Eine Verhältniszahl, welche an die ehemalige bankrotte DDR erinnert.

Die jetzige Entwicklung; hohe Staatsverschuldung, hohe Steuerlast, stetiges Beamtenwachstum, stetiges Staatswachstum, ist für unseren Kanton ein katastrophaler Weg. Wir werden bald nicht mehr in der Lage sein, unsere Staatsschulden zu bedienen. Ein Schuldenabbau ist dringend geboten. Parallel dazu müssen die Steuern gesenkt werden. Ein interkantonaler Steuerwettbewerb ist der Garant für eine moderate Staatsquote, sonst wäre vieles noch viel schlimmer.



► Dr. iur. Bernhard Madörin
Treuhandexperte, Grossrat,
Vizepräsident SVP Basel-Stadt

Die SVP hat im Grossen Rat einen Planungsauftrag mit dem Ziel des Schuldenabbaus eingereicht. Alle Parteien (ausser die SVP) haben ihn abgelehnt. Nun geht es dank den Nicht-SVP-Parteien mit der Schuldenwirtschaft weiter. ◀

STADLER

Clevere Lösungen auf der Schiene

Damit Bahnfahren Spass macht.

Stadler Bussnang AG
9565 Bussnang
Telefon 071 626 20 20
E-Mail stadler.bussnang@stadlerail.ch





Erst Staatshaushalt sanieren - dann tiefere Steuern

Das ist die eigenständige, pragmatische und verantwortungsvolle Strategie der Berner SVP. Die Linke will höhere Steuern. Die Freisinnigen liebäugeln mit einer zum jetzigen Zeitpunkt deplatzierten Steuersenkungsinitiative. Linke und Freisinnige orientieren sich dabei an volkswirtschaftlichen Modellen, die nicht über alle Zweifel erhaben sind.

Das Malaise ist bekannt. Der Staat Bern hat in den 80er-Jahren weit über seinen Verhältnissen gelebt. Im Kantonalbankdebakel verlor er allein zwei Milliarden Franken. Dazu kam unter anderem der Ausgleich für die Unterdeckung der Pensionskasse der Staatsangestellten und so schrieb er jahrelang tiefrote Zahlen. Die Verschuldung wuchs rasant. Nach acht Sparpaketen in den 90er-Jahren präsentiert der Kanton Bern seit 1998 in den Rechnungen endlich wieder schwarze Zahlen. Die hohen Schulden - gegen 11 Milliarden Franken - bleiben aber ein Problem. Das finanzschwache Bern zählt heute zu den höchstverschuldeten Kantonen, die Schuldzinsen fressen täglich fast eine Million Franken weg.

In den vergangenen Jahrzehnten konnte die ungünstige Wirtschaftsstruktur zu wenig korrigiert werden. Wertschöpfungsschwache Branchen prägen die bernische Wirtschaft nach wie vor. Das wurde bereits in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts aktenkundig durch den Bericht des Berner Professors Stocker. Mit vereinten Kräften sollen nun die Altlasten ein für alle Mal getilgt werden. Schuldenabbau heisst die Devise in der Berner Finanzpolitik. Dies forderte die bürgerliche Grossratsmehrheit mit der Motion der Finanzkommission im November 2001. Aus dem ganz einfachen

Grund: Wer kein Geld hat, kann sich nicht alles leisten.

Hier schert die Linke aber aus. Trotz der finanzpolitischen Notwendigkeit nimmt sie ihre Gesamtverantwortung nicht wahr. Sie macht es sich dabei zu einfach. Die SP wettet pauschal gegen „Sparwahn“ und „sparwütige“ Bürgerliche und spielt damit sich und dem Stimmvolk etwas vor. Sie sieht das Heil in einer Steuererhöhung. Dabei gehört der Kanton Bern bei der Steuerbelastung für natürliche Personen bereits jetzt im gesamtschweizerischen Vergleich zu den Spitzenreitern (Juristische Personen dagegen werden vom Fiskus unterdurchschnittlich belastet).

Unverantwortlich gebärden sich ebenfalls die Freisinnigen. Sie wollen zum jetzigen Zeitpunkt nicht nur einen massiven Schuldenabbau, sondern gleichzeitig auch tiefere Steuern. Der Präsident der Freisinnigen kokettiert in den Medien mit einer Steuersenkungsinitiative, die dem finanziell nicht auf Rosen gebetteten Staat ein weiteres Loch von 300 Millionen in die Kasse reissen würde. Ein Steuerausfall, bei dem man bei den staatlichen Leistungen mit dem Vorschlaghammer abbauen müsste.

Die Berner SVP geht hier den dritten, verantwortungsvollen Weg. In einem ersten Schritt müssen die Schulden substan-

ziell abgebaut werden. Dadurch werden Mittel frei, so dass in einem zweiten Schritt eine Steuersenkung realisiert werden kann. Senkung auf das schweizerische Mittel ist dabei das mittelfristige Ziel dieser nachhaltigen Strategie, die der staatspolitischen Gesamtverantwortung Rechnung trägt. Schulden dürfen nicht einfach der nächsten Generation weitergegeben werden.

Die politischen Gegner der SVP-Kanton Bern gehen beide von irrigen Annahmen aus. Die Linke orientiert sich an der Konjunkturtheorie von John Maynard Keynes. Der einflussreichste Wirtschaftswissenschaftler des 20. Jahrhunderts verfasste unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise 1936 sein Hauptwerk „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“. Keynes war überzeugt, der Staat könne durch seine Fiskalpolitik die gesamte Wirtschaft beeinflussen und lenken. In der Rezession müsste der Staat mehr ausgeben, in der Hochkonjunktur bremsend wirken. Der Keynesianismus prägte die Wirtschaftspolitik der Industrienationen vom 2. Weltkrieg bis 1975 massgeblich. Heute gehört er nicht gerade in die Mottenkiste der Geschichte, aber diese hat gezeigt, dass Politiker anders funktionieren als das Modell seine Annahmen trifft. Wenn es der Wirtschaft gut geht, häuft der Staat meistens nicht Reserven an, sondern heizt mit seinen Ausgaben zusätzlich die Konjunktur an. In rezessiven Zeiten dagegen sind dann die Kassen leer. Darum und weil die Staatsquote nicht bedenkenlos gesteigert werden kann, ist die Linke auf dem Holzweg.

Die Freisinnigen richten sich mit ihrer Steuersenkungsidee



Kurzportrait

Christoph Neuhaus, Parteisekretär der SVP-Kanton Bern, ist Volkswirtschaftler. Vor seiner Tätigkeit in der Politik arbeitete er u.a. als Handelslehrer und Wirtschaftsredaktor bei der Tageszeitung der „Bund“.

an der Theorie der „Angebots-Ökonomen“ aus. Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hatte mit diesem Ansatz vor 20 Jahren Erfolg. Von der angestrebten Senkung der Steuersätze erhoffte sich die Administration Reagan eine belebende Wirkung auf die wirtschaftliche Aktivität und gleichzeitig - nach einer bestimmten Frist - auch eine Zunahme der Steuereinnahmen. Es wird somit erwartet, dass die Vergrösserung des Budgetdefizits infolge der Steuersenkung durch die induzierte Sozialprodukterhöhung kompensiert wird. Bildlich dargestellt wird das mit der Laffer-Kurve, benannt nach dem amerikanischen Ökonomen Arthur B. Laffer. Bei diesem volkswirtschaftlichen Konstrukt jedoch ist es schwierig zu bestimmen, wo genau die Steuerzahler sich auf dieser Lafferkurve befinden. Somit kann nicht zum vornherein prophezeit werden, ob eine Senkung der Fiskalabgaben die Wirtschaft im gewünschten Mass stimuliert. Aus den geschilderten Gründen lässt sich die Berner SVP auf keine Experimente mit ungewissem Ausgang ein, sondern geht ihren eigenständigen Weg, der der staatspolitischen Verantwortung Rechnung trägt. ◀



Steter Tropfen höhlt den Stein **Standpunkt**

Die Abstimmung zur Asylmissbrauchs-Initiative ging mit einem äusserst knappen Resultat verloren. Immerhin stimmte die Mehrheit der Kantone mit der SVP. Das Resultat widerspiegelt den immer stärkeren Vertrauensverlust in den Bundesrat und die anderen Parteien. Trotz einem massiven Abwehrkampf, der von den Medien unkritisch unterstützt wurde, hat der Bundesrat seinen zur Vertrauensfrage empor stilisierten Abstimmungskampf rein zufällig gewonnen. Obwohl wir knapp verloren haben, hat unsere Initiative die Asylpolitik des Bundesrates bereits beeinflusst. Unter dem Druck der bevorstehenden Volksabstimmung entstanden als indirekter Gegenvorschlag die Asylgesetzrevision und die Vorlage zum Ausländergesetz, die viele

unserer Ideen aufgenommen haben. Jetzt stehen die Gewinner vom Sonntag in der Pflicht. In den letzten Wochen haben sie sich hinter die Vorschläge des Bundesrates gestellt und lauthals versprochen, diese umzusetzen. Man hat erst unter dem Druck der bevorstehenden Abstimmung endlich zugegeben, dass etwas geändert werden müsse.

Die ersten Stellungnahmen am Abstimmungssonntag lassen jedoch Zweifel über den politischen Willen aufkommen, die Versprechen einzuhalten. Bereits gehen die Ansichten und Meinungen wieder weit auseinander. Frau Metzler will den bisherigen Weg - was immer das heisst - weiter führen. Es ist zu befürchten, dass das unselige „Siegertrio“ bestehend aus FDP, CVP und SP vor dem eigenen Mut erschreckt und wieder zurück krebzen wird. Bereits werden frühere Aussagen relativiert. Trotzdem, unsere Forderungen, unterstützt von der Hälfte der Schweizer Bevölkerung, werden den Spielraum einschränken. Es ist auch in Zukunft unsere Aufgabe, Druck zu entwickeln und damit die Gesetzgebung zu verbessern.

Es mag undankbar sein, immer nur knapp zu verlieren, aber der Kampf für bessere Lösungen, das Einstehen für unser Land ist nötig. Es ist nur unsere Partei, die diesen Teil der Bevölkerung - immerhin praktisch die Hälfte - vertreten kann. Dafür müssen wir stärker werden. Der Abstimmungssonntag ist also kein Grund, die Hände in den Schoss zu legen. Im Gegenteil: Wir sind aufgefordert noch engagierter, noch überzeugender und noch kraftvoller für den Willen unserer Wähler zu kämpfen. Das ist unser Auftrag des vergangenen Abstimmungssonntags. Los, packen wir es an. ◀

Nationalrat Ueli Maurer, Präsident SVP Schweiz

Herzlichen Dank!



allen, die mit ihrem freiwilligen jährlichen Abo-Beitrag von 35 Franken das SVPja mittragen. Mit dieser Nummer erhalten Sie die letzte Gelegenheit in diesem Jahr, uns finanziell zu unterstützen.

Der Standpunkt der SVP wird in den Massenmedien oft nur beschränkt wiedergegeben. Wie noch selten bisher war dies im Abstimmungskampf zur Asylinitiative der Fall. Die meisten grossen Tageszeitungen wie auch die elektronischen Staatsmedien gaben der Gegenseite mehr Raum und nahmen völlig einseitig gegen die Asylinitiative Stellung. Diese Tendenz verstärkte sich noch, als die erste Umfrage ein Ja voraussagte.

Werden unsere Haltung und unsere Argumente in den grossen Blättern verschwiegen und ins Gegenteil verkehrt, kommt der direkten Information unserer Parteimitglieder und Sympathisanten ein wachsendes Gewicht zu. Hier spielt das SVPja zur Verbreitung des SVP-Gedankenguts eine wichtige Rolle. Mit Ihrem Beitrag helfen Sie mit, dass dies auch im nächsten Jahr möglich wird. ◀